

Protokoll

über die
3. öffentliche Gemeinderatssitzung
am 18.04.2006

Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Gemeindeamt Zams
Ende: 24.05 Uhr

Anwesende:

BM Gstir Helmut	Schönherr Theresia	Frank Herbert
Vzbgm. Dellemann Helma	Reheis Josef	
Vzbgm. Kopp Andreas	Grüner Andreas	Posch Alfred
Mag. Geiger Siegmund	Dr. Steinwender Georg	Lentsch Roswitha
Platter Christian	Raich Herbert	

weitere Anwesende: Kassier Manfred Nagele zu Pkt. 2 u.3 der TO

Ersatz: Oberkofler Klaus, Zanon Manfred

nicht anwesend: Kohler Christian, Lechleitner Josefine

Schriftführer: Dr. Lechthaler Reinhard

Tagesordnung

1. Genehmigung und Unterfertigung des letzten Sitzungsprotokolls
 2. Nachträgliche Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen des Jahres 2005
 3. Beratung und Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2005
 4. Berichte und Anträge des Bauausschusses
(u. a. Auftragsvergaben für Mehrzweckgebäude in der Riefe)
 5. Berichte und Anträge des Flächenwidmungs- und Bebauungsausschusses
 - a) Beratung über Änderung von Bebauungsplänen
 - b) Beratung über Ansuchen um Abänderung des Flächenwidmungsplanes und ÖROK
 - c) Verschiedenes
 6. Beratung und Beschlussfassung über Ansuchen um Grundverkauf
 7. Beratung über Neuvermietung der Hausmeisterwohnung im Feuerwehrhaus
 8. Bericht des Verkehrsausschusses
 9. Beratung und Beschlussfassung über Ansuchen der Venet Bergbahnen AG um Investitionskostenbeitrag für das Geschäftsjahr 2004/2005
 10. Beratung über Freigabe von Restzahlungen für Kirchenorgel und Kirchenrenovierung
 11. Verschiedene Berichte
 12. Anträge, Anfragen und Allfälliges
 13. Personalangelegenheiten
-

Der Bürgermeister begrüßt die Gemeinderatsmitglieder und alle Zuhörer und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 1) der Tagesordnung:

Genehmigung und Unterfertigung des letzten Sitzungsprotokolls

GR Dr. Steinwender stellt fest, dass das GR-Protokoll der Sitzung vom 14.03.06 sehr spät in der Homepage veröffentlicht worden ist. Der Bürgermeister berichtet dazu, dass das Protokoll schon längere Zeit fertig war, er aber leider nicht die Zeit hatte dieses durchzulesen und freizugeben.

Im Anschluss daran wird das Protokoll der letzten GR-Sitzung in der vorliegenden Form genehmigt (3 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit).

Zu Punkt 2) der Tagesordnung:

Nachträgliche Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen des Jahres 2005

Der Bürgermeister berichtet, dass die Haushaltsüberschreitungen des Jahres 2005 insgesamt €878.036,99 betragen haben. Davon entfallen auf den ordentlichen Haushalt €758.517,55 und auf den a.o. Haushalt €93.519,44. Umbuchungen und Nachbuchungen, Zuführung von Anteilsbeträgen an den a.o. Haushalt, Rücklagenzuführungen, Vergütungen an andere Verwaltungszweige und Haushaltsausgleichsbuchungen machen insgesamt €491.027,94 aus. Die tatsächlichen Überschreitungen belaufen sich somit auf €387.009,05.

Mit GR-Beschluss vom 01.08.05 wurden die Überschreitungen des ersten Halbjahres in Höhe von € 27.048,47 genehmigt. Der Bürgermeister stellt fest, dass insgesamt ca. 150 Überschreitungen zu verzeichnen sind. Nachdem die Liste bei den Fraktionsbesprechungen aufgelegt ist, wird auf eine Verlesung der einzelnen Posten verzichtet.

Größere Überschreitungen gab es bei folgenden Bauvorhaben:

Asphaltierung Weg Anreit, Aufwandsentschädigungen Gemeinderäte, Betriebsbeiträge an den Hauptschulverband, Instandhaltung und Sanierung Gemeindestraßen, Schneeräumung, Holzschlägerungskosten, Landesumlage, Planungskosten für die Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalanlagen, Mehrzweckgebäude Riefe.

GR Steinwender Georg kritisiert, dass einige große Überschreitungen ohne GR-Beschluss erfolgt sind (Instandhaltung Gemeindestraßen, Betriebsbeiträge an den Hauptschulverband, Anschaffung von Wasserzählern, Holzschlägerungskosten). Er schlägt vor, dass künftig Überschreitungen der Haushaltsansätze vierteljährlich vom Gemeinderat genehmigt werden. Insgesamt haben die Überschreitungen ca. 5 % des Gesamthaushaltes betragen, was vom Prüfungsausschuss als vertretbar angesehen wird.

Der Bürgermeister stellt fest, dass viele Überschreitungen nicht vorhersehbar sind. In manchen Fällen wurde jedoch ein zu niedriger Ausgabenansatz budgetiert. Man wird deshalb besonders bei der Ausgabenpost Instandhaltung von Gemeindestraßen künftig einen gewissen "Polster" vorsehen. Festgestellt wird, dass die Kosten für die Splittstreuung und Schneeräumung sehr vom Wetter abhängig sind.

Der Gemeinderat beschließt die aufgelisteten Überschreitungen 2005 im Nachhinein zu genehmigen, wobei die Bedeckung durch Mehreinnahmen, durch den höheren Rechnungsüberschuss 2004 sowie durch Ausgabeneinsparungen und Umschichtungen erfolgt (einstimmig).

Zu Punkt 3) der Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2005

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Jahresrechnung zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt ist. Stellungnahmen dazu sind keine eingelangt. Die Jahresrechnung soll deshalb heute beschlossen werden:

- a) Die Jahresrechnung 2005 sieht folgendes Ergebnis vor:

<u>Ordentlicher Haushalt</u>	<u>SOLL</u>		<u>IST</u>			
Einnahmen.....	€	6.095.668,65	€	6.426.482,69		
(inkl. Rechnungsüberschuss 2004 ⊖ €424.666,29)						
Ausgaben.....	€	5.485.427,27	€	5.913.066,21		
Überschuss bzw. Kassenbestand	€	610.241,38	€	513.416,48		
 <u>Außerordentlicher Haushalt</u>						
Einnahmen.....	€	997.991,05	€	1.184.176,05		
Ausgaben.....	€	1.224.952,35	€	1.304.355,03		
(inkl. Rechnungsabgang 2004 ⊖ €104.519,84)						
Abgang bzw. Kassenfehlbestand.....	€	- 226.961,30	€	- 120.178,98		
 zuzüglich Verwahrgelder.....					€	28.683,21
abzüglich Vorschüsse.....					€	- 17.983,33
Gesamtkassenbestand per 31.12.05					€	403.937,38
 <u>Gesamthaushalt:</u>						
Überschuss ordentlicher Haushalt	€	610.241,38				
Abgang außerordentlicher Haushalt	€	- 226.961,30				
Überschuss	€	383.280,08				

- b) Summe der Einnahmerückstände des o.HH per 31.12.2005 € 213.747,80
Summe der Ausgabenrückstände des o.HH € 116.922,90
Summe der Ausgabenrückstände des a.o.HH € 106.782,32
Summe der Einnahmerückstände durchlaufende Gebarung € 27.201,45
Summe der Ausgabenrückstände durchlaufende Gebarung € 37.901,33
- c) Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag gab es u.a. bei den Ertragsanteilen des Bundes, bei der Kommunalsteuer und beim Rechnungsergebnis des Vorjahres.
- d) Der Rücklagenstand hat sich von € 2.775.351,98 (1.01.2005) auf € 2.513.658,85 (31.12.2005) verringert, was einer Reduzierung von €261.693,13 entspricht.
- e) Der Darlehensstand hat sich von € 3.307.675,67 auf € 3.140.167,24 verringert. Der Verschuldungsgrad der Gemeinde beträgt zum 31.12.2005 21,84 %. Das entspricht einer pro Kopfverschuldung von €926,85.

- f) Kontinuierlich erhöht hat sich in den vergangenen Jahren der Beitrag an den Krankenanstaltenfinanzierungsfonds. Dieser hat im Jahr 2002 € 284.388,-- betragen, 2005 machte er bereits €324.981,60 aus.

Wortmeldungen:

Mag. Geiger stellt fest, dass dem relativ hohen Jahresüberschuss im ordentlichen Haushalt von € 610.241,38 ein Abgang von € 226.961,30 im a.o. Haushalt gegenübersteht. Im Haushaltsplan 2006 ist ein Rechnungsüberschuss in Höhe von € 400.000,-- budgetiert. Verantwortlich für den hohen Überschuss ist die Tatsache, dass einige Projekte nicht bzw. nicht in dem Umfang durchgeführt wurden, wie ursprünglich geplant. Er schlägt vor, dass der Gemeinderat den Verwendungszweck für den erhöhten Überschuss 2006 festlegen sollte. Der Bürgermeister ist der Ansicht, dass es gut ist, wenn die Gemeindekasse einen gewissen Spielraum hat, wie das auch in den vergangenen Jahren gehandhabt worden ist. GR Steinwender Georg stellt fest, dass der effektive Rechnungsüberschuss 2005 tatsächlich nur ca. €63.000,-- ausmacht, zumal auch der Überschuss 2004 darin enthalten ist. Im Übrigen sei auch er dafür, dass man den Betrag von € 200.000,-- als Rücklage für die Finanzierung der Bahntrasse verwendet. Reheis Josef unterstützt diesen Vorschlag und hofft, dass man dadurch die Höhe der Kreditaufnahme einschränken kann. Im Weiteren stellt Reheis fest, dass die Mehreinnahmen aus eigenen Steuern im Jahr 2005 ca. €106.000,-- ausgemacht haben. Die Abgabenertragsanteile sind um 6,3 % höher ausgefallen als budgetiert. Nicht besonders rosig sieht er die Einnahmensituation bei der Kommunalsteuer aus, die gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist und weiter sinken wird, wenn die Einnahmen aus dem Betrieb der Postgarage wegfallen. Festzustellen sei auch, dass mehrere budgetierte Ausgaben nicht angefallen sind (z.B. die Rückzahlung der Getränkesteuer, Wohnbaudarlehen, Transferzahlungen).

Über Antrag von GR Steinwender beschließt der Gemeinderat die Mehreinnahmen des Rechnungsüberschusses 2006 in Höhe von € 200.000,-- als Rücklage für die Neugestaltung der Bahntrasse zweckgebunden anzulegen (einstimmig).

Danach übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an Vzbgm. Helma Dellemann und verlässt anschließend den Sitzungssaal. GR Steinwender Georg stellt fest, dass der Überprüfungsausschuss die Jahresrechnung vorgeprüft hat und diese formell in Ordnung ist. Aufgefallen sei jedoch, dass die Grundstücke der Gemeinde nicht im Anlagevermögen enthalten sind. Diese sollte nachgeholt werden. Über Antrag von Vzbgm. Helma Dellemann wird die Jahresrechnung 2005 in der vorliegenden Form genehmigt und dem Bürgermeister die Entlastung erteilt (einstimmig).

Der Bürgermeister bedankt sich in der Folge beim Kassier für die gute Vorbereitung der Jahresrechnung 2005.

Zu Punkt 4) der Tagesordnung:

Berichte und Anträge des Bauausschusses (u.a. Auftragsvergaben für Mehrzweckgebäude in der Riefe)

GR Mag. Geiger berichtet, dass der Bauausschuss am 04.02.06 getagt hat. In erster Linie wurde dabei über Auftragsvergaben im Zusammenhang mit dem Mehrzweckgebäude in der Riefe beraten.

- a) Für die Baumeisterarbeiten beim Riefengebäude wurden Angebote im offenen Verfahren nach dem Vergabegesetz eingeholt. Die Angebotseröffnung fand am 24.03.06 im Gemeindeamt Zams statt. 11 Angebote wurden abgegeben. Diese wurden anschließend an die Planungsgemeinschaft Häusler/Prantauer zur Prüfung und Ausarbeitung eines Vergabevorschlages weitergeleitet.

Billigstbieter	Fa. Alpine Mayreder	€ 658.191,25	netto
Zweitbieter	Fa. Goidinger	€ 689.044,89	netto
Drittbbieter	Fa. Streng Bau	€ 691.024,87	netto
Viertbieter	Fa. Swietelsky	€ 695.570,01	netto

Der Bauausschuss schlägt vor, den Auftrag an die Fa. Mayreder zu vergeben. Auf Grund der guten Auftragslage der Bauwirtschaft liegen die Angebotssummen leider etwas über der von den Architekten erstellten Kostenschätzung.

Dr. Steinwender stellt die Anfrage, ob die Fa. Mayreder oder die Fa. Streng den Frostkoffer einbringt. Mag. Geiger wird im Verhandlungsweg versuchen, dass diese Arbeit von der Fa. Streng zu den Preisen des Vorjahres durchgeführt wird. Dadurch würde sich die Anbotssumme der Fa. Mayreder deutlich verringern. Mag. Manfred Zanon glaubt, dass man dafür auch das Einverständnis der Fa. Mayreder braucht, sofern in der Ausschreibung nicht vorgesehen ist, dass einzelne Positionen entfallen könnten. Reheis und Steinwender fordern eine begleitende Kostenkontrolle, damit man jederzeit feststellen kann, wie sich die Gesamtkosten des Projektes entwickeln. Posch Alfred unterstützt diese Wortmeldung und schlägt vor, dass die begleitende Kostenkontrolle durch den Überprüfungsausschuss durchgeführt wird. GR Steinwender weist daraufhin, dass der Überprüfungsausschuss im Oktober vergangenen Jahres den Ist-Zustand erhoben hat. Künftig wäre er jedoch der Ansicht, dass die begleitenden Kostenkontrolle durch den Bauausschuss, der wesentlich besseren Einblick in den Projektablauf hat, erfolgen soll. Posch Alfred ist der Meinung, dass jetzt, nachdem die Angebotssummen bekannt sind, ein Vergleich mit der Kostenschätzung möglich sein sollte.

Reheis Josef und Zanon Manfred verweisen auf eine Anrainererklärung im Baubescheid, wonach mit dem Bau erst begonnen werden darf, wenn der Grundtausch zwischen der Gemeinde Zams und der Pfarrpfünde bzw. Hammerl Albert perfekt ist. Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass die entsprechenden Verträge bereits vorliegen, die Unterfertigung jedoch wegen der im Vertrag festgeschriebenen Servitutseinräumungen noch nicht erfolgt ist. Der Vertragsersteller wird diese Angelegenheit demnächst mit den Tauschpartnern abklären. Im Übrigen hat Herr Hammerl Albert gegenüber dem Bürgermeister erklärt, dass er gegen einen Baubeginn keinen Einwand hat. Festgestellt wird, dass für die Errichtung des Mehrzweckgebäudes kein Grund der Pfarrpfünde und von Herrn Hammerl A. in Anspruch genommen wird.

GR Steinwender verweist auf eine Klausel in einem Gutachten der Tiroler Landesbrandverhütungsstelle, wonach gegen die Errichtung des geplanten Gebäudes kein Einwand besteht, wenn dieses nicht von der Seilbahnanlage betroffen ist. Oberkofler Klaus ist der Meinung, dass das geplante Mehrzweckgebäude nicht unterhalb der Seilbahntrasse liegt und deshalb keine zusätzlichen Brandschutzvorschriften notwendig sind. Der Bauausschussobmann wird sich bei der hierfür zuständigen Behörde erkundigen, ob eine Ausnahmegenehmigung für das Bauvorhaben erforderlich ist.

Der Gemeinderat beschließt der Fa. Mayreder den Zuschlag für die Durchführung der Baumeisterarbeiten am Mehrzweckgebäude und den Nebenanlagen in der Riefe zum Anbotspreis von €658.191,25 netto zu erteilen (einstimmig).

b) Für die im Feuerwehr-Gerätehaus einzubauende Aufzugsanlage wird DI Ehrlich die Planung, Bauausschreibung, Bauüberwachung, Abrechnung zum Preis von € 2.520,-- brutto bei geschätzten Baukosten von rund € 70.000,-- angeboten. Dies entspricht in etwa 3 % der gesamten Baukosten. Mag. Ladner hat kein schriftliches Angebot gestellt, jedoch mitgeteilt, dass er ein Honorar von 3,5 % der Gesamtbaukosten verlangen würde. Nachdem nicht auszuschließen ist, dass die Aufzugskosten den Betrag von € 70.000,-- überschreiten, schlägt der Bauausschussobmann vor, dass man die Planungskosten mit € 3.000,-- deckelt (5 Enthaltungen). Auf Anfrage von GR Posch, teilt Mag. Geiger mit, dass im Rahmen eines Gespräches von der zuständigen Landesrätin eine Erhöhung der Bedarfszuweisung in Aussicht gestellt wurde.
Der Gemeinderat beschließt, die Planung für die Aufzugsanlage zum Anbotspreis von € 2.520,-- brutto, das sind 3 % der Baukosten, zu vergeben. Sollten sich die Baukosten auf über € 70.000,-- erhöhen, werden die Planungskosten mit € 3.000,-- gedeckelt (5 Enthaltungen).

c) So wie in den Vorjahren wurden auch heuer wieder von den Gärtnereien Wolf und Eiterer Angebote für die Frühjahrs- und Sommerbepflanzung der Grüninseln im Dorf eingeholt. Der Bauausschuss hat sich wiederum für ein Splitting des Auftrages auf diese beiden Firmen ausgesprochen, wobei die Grüninsel beim Kreisverkehr von der Fa. Grünland bepflanzt werden soll, weil die Fa. Wolf hier wesentlich teurer ist. Dr. Steinwender stellt fest, dass die Gemeinde jährlich ca. € 14.000,-- für Bepflanzungen der öffentlichen Grünanlagen ausgibt. Auch die Folgekosten (Gießen der Grünanlagen) sind beachtlich. Man sollte sich deshalb Alternativen, z.B. immergrüne Pflanzen, überlegen. Vzbgm. Kopp meint, dass auch diese bewässert werden müssen. Überlegen sollte man sich den Einbau von automatischen Bewässerungsanlagen. Mag. Geiger teilt mit, dass sich der Bauausschuss bereits damit befasst hat. Schönherr Theresia meint, dass man sich für den Kreisverkehr im Eingangsbereich von Zams eine andere Art der Gestaltung überlegen sollte (Marke Zams).
Der Gemeinderat beschließt auf Grund der vorliegenden Angebote die Bepflanzung der Grünanlagen an die Firmen Wolf und Eiterer zu vergeben (einstimmig).

d) Der heurige strenge Winter hat große Frostschäden an den Gemeindestraßen verursacht. Es wurden deshalb von den Firmen Swietelsky, Fröschl Bau und Mayreder Angebote für die Sanierung der Straßen eingeholt. Die Firma Swietelsky ist mit einer Anbotssumme von € 11.893,20 Billigstbieter. Dem Angebot liegen die Einheitspreise des Jahres 2005 zugrunde. Dr. Steinwender weist darauf hin, dass besonders auf der Zimmerbergerstraße große Frostaufbrüche zu verzeichnen sind. Er schlägt deshalb die Erstellung einer Prioritätenliste vor. Weiters weist er darauf hin, dass beim ausgetauschten Kanaldeckel zwischen Lahnbach und Grist das Regenwasser nicht mehr abfließen kann und die Gefahr des Aquaplanings besteht.

Die vor angeführten Firmen haben weiters ein Angebot für die Asphaltierungsarbeiten am Unterfeldweg gelegt. Auch hier war die Fa. Swietelsky mit einer Anbotssumme von € 16.454,76 Billigstbieter. Der Gemeinderat beschließt den Auftrag für die Sanierungsarbeiten auf Gemeindestraßen und die Asphaltierungsarbeiten am Unterfeldweg an die Fa. Swietelsky zu den angebotenen Einheitspreisen zu vergeben.

e) Über Empfehlung von DI Feichtinger schlägt der Bauausschuss vor, die alte Wasserleitung von der Pension Haueis bis zur Bundesstraße durch eine neue Trinkwasserleitung zu ersetzen. Diese Arbeiten könnten im Zuge der Errichtung der WVA-Zams-Dorf-Erweiterung II, ausgeführt werden. Die Kosten hierfür belaufen sich

auf ca. €18.000,-. Die geschätzten Gesamtbaukosten in Höhe von €440.000,- für die WVA-Erweiterung II würden dadurch nicht überschritten. Obige Wasserleitung musste in den letzten Jahren bereits mehrfach repariert werden.

Der Gemeinderat beschließt gemäß dem Vorschlag des Bauausschusses die Wasserleitung von der Pension Haueis bis zur Bundesstraße durch eine neue Leitung zu ersetzen (einstimmig).

- f) Gemäß dem Vorschlag des Verkehrsausschusses sollen an 4 Schutzwegen auf der Bundesstraße zusätzliche Straßenlampen aufgestellt werden. Es liegen hierfür Angebote der Fa. EAH, Landeck, Elektro Müller, Landeck und Zangerle, Schönwies vor. Billigstbieter ist die Fa. EA Huber mit einem Anbotspreis von €14.979,10 brutto. Ein Beleuchtungskörper wurde noch im Jahr 2005 angeschafft, sodass nur mehr 3 Lampen zu bestellen sind. Der Gemeinderat beschließt bei der Fa. EAH 3 Schutzwegleuchten zum Preis von 11.228,- zu bestellen.
- g) Laut Nachtragsangebot der Fa. Steinsee, wird die Schaubrücke beim Riefengebäude um €15.899,- teurer werden. Grund dafür ist, dass die Fa. Zanon bei der Vorstatik die ungünstigsten Lastfälle nicht ausreichend berücksichtigt hat. Die Kontrollstatik durch das Büro Ing. Pfenninger hat höhere Wandstärken ergeben. Nach eingehender Diskussion haben die Mitglieder des Bauausschusses die Mehrkosten zur Kenntnis genommen. GR Posch Alfred stellt fest, dass eine Vorstatik nie ganz genau ist. Im gegenständlichen Fall geht es um ca.3 t zusätzlichem Stahl, der auf Grund der Prüfstatik notwendig ist und von der Gemeinde bezahlt werden muss. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 5) der Tagesordnung:

Berichte und Anträge des Flächenwidmungs- und Bebauungsausschusses

- a) **Beratung über Änderung von Bebauungsplänen**
- b) **Beratung über Ansuchen um Abänderung des Flächenwidmungsplanes und ÖROK**
- c) **Verschiedenes**

Gemeinderat Posch Alfred berichtet, dass der Flächenwidmungsausschuss am 10. April 06 getagt hat und folgende Themen beraten wurden.

a) Beratung über Änderung von Bebauungsplänen

1. Im Oktober 2005 wurde für die Grundparzellen 792/10, 777, 788 und 2356/7 ein neuer allgemeiner und ergänzender Bebauungsplan erlassen. Der Grundeigentümer hat jetzt neuerlich um Abänderung dieses Planes angesucht, weil an Stelle der auf dem westlichen Teil des Grundstückes vorgesehenen zwei Reihenhäuser nur mehr 2 freistehende Wohnhäuser errichtet werden sollen. Der Ausschuss hat die Abänderung des Bebauungsplanes befürwortet, nachdem es auch eine positive Stellungnahme des Raumplaners gibt. Reheis Josef weist daraufhin, dass im Abänderungsplan die Bauhöhe und die Mindestbaudichte verändert werden. Der Gemeinderat fasst folgende Beschlüsse (einstimmig):

Der allgemeine und ergänzende Bebauungsplan AEÄ/005/03/2006 (Lötz-Zanon III) für die Grundstücke 777, 792/10, 788 und 2356/7 wird während der Dauer von 4 Wochen öffentlich zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Der neue Planentwurf ist eine Änderung des Bebauungsplanes AEÄ/0005/10/2005.

Gleichzeitig wird die Erlassung obigen Bebauungsplanes beschlossen, wobei dieser nur dann rechtswirksam wird, wenn innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

2. Zum allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplan "Oberreitweg - Dr. Kapeller" ist eine Stellungnahme von Frau Karin Falch eingelangt. In dieser wird darauf hingewiesen, dass sich auf der Gp. 1247/2 ein Kanalschacht des Sammelkanals Landeck/Zams befindet, der durch die geplante Verbauung nicht mehr ohne weiteres zugänglich ist. Es geht um die Frage, wer die Durchfahrt für den Kanalschacht einräumen muss. Weiters wird in der Stellungnahme auf die unbefriedigende Parkplatzsituation auf dem angrenzenden Unterfeldweg, hingewiesen und werden Befürchtungen geäußert, dass durch das geplante Bauvorhaben die Straße zusätzlich verparkt wird. Der Ausschuss hat sich einstimmig für eine Zurückweisung der vorliegenden Stellungnahme ausgesprochen, zumal die Spülung des Kanalschachtes von der Straße aus möglich ist und ein Zufahren zum Kanalschacht nicht erforderlich ist. Hinsichtlich der Parkplatzsituation wird auf die bestehende Garagen- und Stellplätzeverordnung verwiesen. GR Reheis Josef ist der Meinung, dass allfällige Kanalspülungen über die vier Reihenhausgrundstücke erfolgen sollen. Im Übrigen sollte man sich auch Gedanken über eine Adaptierung der bestehenden Garagen- und Stellplätzeverordnung machen. GR Steinwender ergänzt, dass eine Zugangsmöglichkeit zum angeführten Kanalschacht über die Grundstücke, auf die sich der Bebauungsplan bezieht, erfolgen soll. Bgm Gstir bezweifelt, ob eine Überarbeitung der aus dem Jahr 2001 stammenden Garagen- und Stellplätzeverordnung den beabsichtigten Zweck erreicht, zumal es bereits damals ausführliche Diskussionen über die Anzahl der erforderlichen Stellplätze gegeben hat.

Der Gemeinderat beschließt, die vorliegende Stellungnahme von Frau Karin Falch als unbegründet zurückzuweisen. Auf Grund der erfolgten Planaufgabe beschließt dann der Gemeinderat die Erlassung des Bebauungsplanes AEÄ/010/01/2006 (Oberreitweg - Dr. Kapeller) für die Gst. 1247/1 u. 1247/2 (1 Enthaltung).

b) Beratung über Ansuchen um Abänderung des Flächenwidmungsplanes und ÖROK

1. Ausschussobmann Posch Alfred berichtet über eine Gespräch am 7. April in Innsbruck mit DI Mair und Mag. Baldauf von der RO-Abteilung betreffend die Flächenwidmungsplanänderung für den Rifenalparkplatz. Dabei wurde festgestellt, dass das ausständige Gutachten von DI Schmutzhart eine wesentliche Entscheidungsgrundlage darstellt und ein neuerlicher Auflagebeschluss erst nach Vorlage des neuen Gutachtens gefasst werden soll. Zudem fehlen auch noch andere Stellungnahmen. Weiters soll nach Vorliegen der Unterlagen ein Gespräch mit den betroffenen Anrainern bzw. Einspruchswerbern geführt werden. Aus diesen Gründen wird heute kein Beschluss gefasst.
2. Die Fa. M-Preis hat bei der Gemeinde ein Ansuchen um Umwidmung ihres Lebensmittelmarktes an der Hauptstraße in Sonderfläche "Einkaufszentrum" eingebracht. Die Widmungsänderung ist auf Grund der Novelle zum Tiroler Raumordnungsgesetz aus dem Jahre 2005 erforderlich. Die Raumordnungsabteilung hat mittlerweile den Betriebstyp und das Ausmaß der

Kundenfläche in ihrer Stellungnahme festgelegt. DI Egg wird die Flächenwidmungsplanänderung vorbereiten, sodass die Umwidmung in der nächsten GR-Sitzung beschlossen werden kann.

3. Wechner Adolf aus Kappl hat um eine Baulandwidmung für die am Gallugg gelegenen Grundstücke 25/1 und 30 zum Zwecke der Errichtung eines Büro- und Wohngebäudes angesucht. Derzeit liegen die Grundflächen im Freiland. Im ÖROK sind die Grundstücke als wertvolle Freihaltefläche ausgewiesen. Der Flächenwidmungsausschuss hat das Ansuchen einstimmig abgelehnt. Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Ausschusses an und wird der Antrag auf Umwidmung von Freiland in Bauland abgelehnt (einstimmig).
4. Mit der am 01.07.05 in Kraft getretenen Novelle zum Tiroler Raumordnungsgesetz wurden die Gemeinden verpflichtet, für Einkaufszentren und Handelsbetriebe, die den Charakter eines EKZ haben, sowie für Tankstellen, sofern diese nicht bereits als Sonderfläche gewidmet sind, neue Bestandswidmungen vorzunehmenden Raumplaner DI Egg wurde mit der Durchführung dieser Arbeiten betraut. Zur Kenntnis gebracht wird ein Schreiben der Tiroler Landesregierung betreffend das Einsichtsrecht der Bürger in Unterlagen im Zusammenhang mit der Erlassung und Änderung von Raumordnungskonzepten und Flächenwidmungsplänen. In dem Schreiben wird festgestellt, dass das Einsichtsrecht der Bürger in die fachlichen Unterlagen nicht eingeschränkt werden darf.
5. Ernst Kogoj möchte bei seinem Wohnhaus im Bruckfeldweg ein drittes Stockwerk (Dachgeschoss) errichten, wodurch sich auch die Geschossflächendichte auf ca. 0,65 erhöhen würde. Die maximale Gebäudehöhe würde 9,10 m betragen. Der Ausschuss kann sich eine Genehmigung der geplanten baulichen Änderungen ohne Erstellung eines ergänzenden Bebauungsplanes vorstellen. Ein raumplanerisches Gutachten ist jedoch einzuholen.
6. Sieglinde Ruetz und Reheis Hubert haben bei der Gemeinde eine Bebauungsstudie für das Gst. 1322/6 vorgelegt. Danach soll das Grundstück geteilt und auf den beiden Teilflächen je 1 Reihenhaus errichtet werden. Laut der Planstudie würde die derzeitige Baufluchtlinie von 4,0m in einem Punkt auf 1,27 m verringert, was sich der Ausschuss nicht vorstellen kann. Man wird deshalb eine Stellungnahme von DI Egg einholen.
7. Lenhart Karl hat in einem Ansuchen die Aufstockung seines Betriebsgebäudes in der Rease um weitere 2 Vollgeschoße beantragt. In den 2 Geschoßen sollen in erster Linie Büroräume für neu anzusiedelnde Betriebe errichtet werden. Posch Alfred berichtet, dass ihn heute DI Egg angerufen hat, dem Lenhart Karl die Projektpläne übermittelt hat. DI Egg kann sich lediglich eine Aufstockung um 1 Geschoß, nicht aber um 2 Geschoße vorstellen. Neben raumplanerischen Bedenken befürchtet er auch Beispielsfolgen für den angrenzenden Betrieb der Fa. Grissemann. Vom Ausschuss wurde das Projekt grundsätzlich befürwortet, nachdem rund 20 neue Arbeitsplätze in Aussicht gestellt werden. Die Abstandsunterschreitung im westlichen Bereich des Gebäudes sollte durch eine privatrechtliche Vereinbarung mit dem Nachbarn gelöst werden. Nach Ansicht von Reheis Josef ist die geplante Aufstockung in Anbetracht der zu erwartenden Arbeitsplätze durchaus zu vertreten, zumal Nachbarinteressen nicht berührt werden. Zudem werde nur ein Teil des bestehenden Betriebsgebäudes

aufgestockt. Vzbgm. Kopp stellt fest, dass die in Aussicht gestellten 20 Arbeitsplätze nicht garantiert werden können. Vzbgm. Dellemann und Mag. Geiger schließen sich der Wortmeldung von Reheis Josef an und weisen daraufhin, dass die Gemeinde im Gewerbegebiet Anreize zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geben sollte. Der Bürgermeister verweist auf das ausstehende raumplanerische Gutachten und schlägt vor, dass sich der Gemeinderat in der nächsten Sitzung mit diesem Ansuchen befasst.

c) Verschiedenes

GR Reheis Josef ersucht den Bürgermeister noch einmal um Anberaumung eines Gespräches mit den Geschwistern Hauzeis betreffend die Vorbehaltswidmung auf deren Grundstück östlich des Seniorenzentrums.

Zu Punkt 6) der Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über Ansuchen um Grundverkauf

Grüner Andreas verlässt wegen Befangenheit den Sitzungssaal. Der Bürgermeister berichtet, dass Grüner Christian um den Verkauf einer ca. 70 m² großen Teilfläche aus dem der Gemeinde gehörigen Grundstück 2611 (öffentliches Gut) eingebracht hat. Der Gemeindevorstand hat sich mit dem Ansuchen befasst und kann sich grundsätzlich einen Verkauf der begehrten Fläche vorstellen, wobei entlang des öffentlichen Weges ein ca. 1,0 m breiter Streifen zum Zwecke der Straßenerhaltung im öffentlichen Gut bleiben sollte. Hinsichtlich des Kaufpreises könnte sich der Vorstand, unter Berücksichtigung der geltenden Baugrundpreise in der Gemeinde Zams und der Tatsache, dass es sich um eine Böschungfläche handelt, einen Quadratmeterpreis von rund € 150,- vorstellen. Grüner Christian wäre mit diesem Preis einverstanden. Reheis Josef weist daraufhin, dass man vor ca. 10 Jahren im Oberdorf für ein kleines Grundstück, das allerdings eben war, einen Quadratmeterpreis von ATS 2.000,- verlangt hat. Der Gemeinderat fasst einen Grundsatzbeschluss an Herrn Grüner Christian aus dem Grundstück 2611 eine Teilfläche im Ausmaß von maximal 70 m² zum Quadratmeterpreis von € 150,- zu verkaufen, wobei wie bereits angeführt, ein rund 1 m breiter Grundstreifen entlang dem öffentlichen Weg zurückbehalten werden soll (einstimmig).

Zu Punkt 7) der Tagesordnung:

Beratung über Neuvermietung der Hausmeisterwohnung im Feuerwehrhaus

Wie bereits berichtet will Auer Helmut die Hausmeisterwohnung im Feuerwehrhaus auflassen. Die Feuerwehr Zams hat sich bereit erklärt Interessenten für diese Wohnung ausfindig zu machen. Mittlerweile haben sich zwei junge Feuerwehrmitglieder für die Wohnung interessiert, wobei einer der Bewerber nach einem Gespräch mit dem Bürgermeister seine Bewerbung zurückgezogen hat. Auch der 2. Bewerber ist sich noch nicht schlüssig, ob er die Hausmeisterwohnung zu den bisherigen Mietbedingungen übernehmen wird. Im Gespräch mit dem FF-Kommandanten wurde festgestellt, dass die Aufgaben des Zeugwartes im Laufe der letzten Jahre stark zugenommen haben und deshalb seitens der Freiwilligen Feuerwehr eine Mietreduktion vorgeschlagen wird. Der Vorschlag des Personalausschusses, dass die Wohnung unter Umständen an jemand vermietet wird, der nicht Mitglied der FF Zams ist, wurde vom Ausschuss der FF Zams unter Hinweis auf die seinerzeitigen Vereinbarungen strikt abgelehnt. Nach Meinung des FF-Kommandanten soll der neue Wohnungsmieter unbedingt den Posten des Zeugwartes der FF-Zams übernehmen.

Raich Herbert weist daraufhin, dass für die Zeugwart- und Hausmeistertätigkeit pro Woche ca. 30 Arbeitsstunden aufgewendet werden müssen. Aus diesem Grunde soll die Miete auf € 150,--/Monat (bisher € 176,--) reduziert werden. Der Mietvertrag aus dem Jahre 1985 enthaltenen Aufgaben des Hausmeisters, sollen im Vertrag neu formuliert werden (einige Aufgaben sind nicht mehr aktuell). Der Bürgermeister weist daraufhin, dass die Heizkostenabrechnung nach dem Verbrauch auf Grund der eingebauten Wärmezähler erfolgt. Steinwender Georg könnte sich ein Model wie bei der Hausmeisterwohnung im Kindergarten vorstellen. Schönherr Theresia erscheint die bisher eingehobene Miete keineswegs als überhöht. Vzbgm. Dellemann schlägt vor, dass man Auer Sonja ersucht, im Zusammenhang mit der Reinigung des Kultursaaes vorübergehend auch das Stiegenhaus zu reinigen. Lentsch Roswitha stellt fest, dass es auf der Wohnungswerberliste der Gemeinde sicher genügend Interessenten gäbe, wenn die FF auch einer Vermietung an ein nicht Feuerwehrmitglied zustimmen würde. Der Bürgermeister stellt nochmals fest, dass der FF-Kommandant auf seiner Forderung, dass der Mieter auch den Posten eines Zeugwartes der FF-Zams übernimmt, besteht.

Reheis Josef schlägt vor, dass sich der Gemeindevorstand nochmals mit dieser Angelegenheit befassen sollte, weil es keine ideale Lösung ist, wenn ein Alleinstehender die Wohnung mietet. Der Bürgermeister hofft, dass bis zur nächsten GR-Sitzung ein neuer Mieter präsentiert werden kann.

Zu Punkt 8) der Tagesordnung:

Bericht des Verkehrsausschusses

In Vertretung des Obmannes des Verkehrsausschusses berichtet Frank Herbert über die Sitzung am 28.03.2006. Folgende Themen wurden beraten:

- a) Festgestellt wurde, dass auf dem freien Platz westlich des Klärwerkes häufig Autos abgestellt werden, wobei es sich zum Großteil um Besucher des Krankenhauses handelt, die sich die Parkgebühr ersparen wollen. Die Erlassung eines Parkverbotes wurde jedoch nach längerer Diskussion vom Ausschuss abgelehnt. Vorgeschlagen wurde, für die Besucher des angrenzenden Kinderspielplatzes ein paar Abstellplätze auszuweisen. Im Übrigen könnte man sich die Gestaltung des Platzes als Wendeplatz vorstellen. Nachdem ein Teil des Areals dem Wasserbauamt gehört, müssen aber vorher noch Gespräche mit der Bundeswasserbauverwaltung geführt werden.
- b) Angesprochen wurde auch wieder das Thema "Wohnstraße Burschweg". Nachdem in den nächsten Wochen mit dem Bau eines Reihenhauses am Zanon-Areal begonnen wird, ist die Einrichtung einer Wohnstraße derzeit nicht sinnvoll.
- c) Diskutiert wurde auch die häufige Missachtung des bestehenden Fahrverbotes auf dem Zufahrtsweg von der B171 zum Kindergarten. Die Leitung des Kindergartens Zams hat beim Bürgermeister um Abhilfe gebeten. Tatsache ist, dass sich die Situation durch die Wiederaufstellung der Blumentröge (Absperrung) nördlich des Seniorenzentrums etwas gebessert hat. Das Wachorgan des ÖWD für den Krankenhausparkplatz wurde beauftragt, das bestehende Fahrverbot fallweise zu kontrollieren und sich nicht daran haltenden Fahrzeuglenker zu ermahnen. Der Bürgermeister weist daraufhin, dass dieses Fahrverbot seit Jahren ein Thema des Verkehrsausschusses ist, bisher aber keine 100-prozentige Lösung gefunden werden konnte. Er empfiehlt deshalb vorerst abzuwarten, ob sich die Situation durch die Überwachung des Fahrverbotes verbessert. Die gedachte

- Anbringung einer Absperrkette ist nach seiner Meinung nicht zweckmäßig, da eine solche Absperrung auch Radfahrer behindern würde.
- d) Gesprochen wurde auch über die Verbesserung der Schutzwegbeleuchtung, worüber bereits im Bauausschuss berichtet wurde.
 - e) Im kommenden Jahr soll wieder ein Versuch mit einer mobilen Tempoanzeige im Gemeindegebiet durchgeführt werden. Ein entsprechender Budgetposten wird deshalb im Haushaltsplan 2007 eingebaut werden.
 - f) Debattiert wurde auch über die Aufhebung der 30 kmh-Zone bei der Gemeindegrenze zwischen Landeck und Zams am Buntweg. Mag. Geiger teilt dazu mit, dass die Stadt Landeck sich bereit erklärt hat, die Zonenbeschränkung bis zur Kreuzung des Buntweges mit der B171 zu verlegen. Der Bürgermeister meint, dass im Interesse der Rechtssicherheit an der Gemeindegrenze nördlich der ÖBB-Unterführung eine Ortstafel Zams mit dem Zusatzschild 30 kmh-Zone aufgestellt werden soll.
 - g) Die zu weit in den Straßenraum hineinragenden Verkehrsschilder auf der Kreuzung Klostersgasse/Innstraße wurden mittlerweile zurückversetzt (Mitteilung des Bürgermeisters).
 - h) Zu einer neuerlichen Diskussion ist es über die Parkverbotsregelung auf der Alten Bundesstraße im Bereich des Cafe Wachter gekommen. Dabei wurde auch wieder eine Einbahnregelung angedacht. Für Mag. Zanon wäre eine solche Einbahnregelung eine gute Lösung, zumal sich das Verkehrsaufkommen auf der Sanatoriumstraße durch die Errichtung der neuen Innbrücke wesentlich verringert hat. Steinwender Georg schließt sich diesem Vorschlag an und stellt fest, dass nicht die Parkmöglichkeit vor dem Cafe Wachter für seine Meinung ausschlaggebend ist. Bgm. Gstir berichtet, dass dieses Thema bereits mehrmals intensiv im Gemeinderat beraten wurde, man sich aber nie entschließen konnte, die bestehende Verkehrsregelung abzuändern. Bei der Erlassung der derzeitigen Verkehrsregelung haben sich viele Bewohner der Alten Bundesstraße und der Sanatoriumstraße gegen eine Einbahnregelung ausgesprochen. Unter anderem auch die in der Sanatoriumstraße wohnenden Bauern, die den Umweg über die Alte Bundesstraße ablehnten. Zudem müsste auch überprüft werden, ob der öffentliche Bus im Falle einer Ausweisung von Parkplätzen anstandslos passieren kann. Der Verkehrsausschuss wird bei einem Lokalausweis die Möglichkeiten ausloten.
 - i) In letzter Zeit hat es mehrere Beschwerden über das Parkverbot am Unterreitweg gegeben. Die "Bestraften" waren der Meinung, dass auf Grund des dort aufgestellten "Sackgassenschildes" kein gesetzliches Parkverbot besteht. Der Obmann stellte dazu fest, dass auch in einer Sackgasse, die 2 Fahrbahnen aufweist, ein Parkverbot gemäß § 24 Abs. 3 lit.d) der STVO besteht und deshalb die Aufstellung von Parkverbotsschildern nicht notwendig ist. Der Bürgermeister bestätigt diese Rechtsmeinung.
 - j) Weiters hat sich der Verkehrsausschuss mit diversen Schreiben von Verbänden und Organisationen in Verkehrsangelegenheiten befasst (siehe Ausschussprotokoll).

Zu Punkt 9) der Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über Ansuchen der Venet Bergbahnen AG um Investitionskostenbeitrag für das Geschäftsjahr 2004/2005

Die Venet Bergbahnen AG hat schriftlich um die Auszahlung des restlichen Investitionskostenbeitrages für das Geschäftsjahr 2004/2005 angesucht. Die im Schreiben angeführten Gesamtinvestitionen von € 247.965,- wurden mittlerweile in Absprache mit der Stadtgemeinde Landeck auf € 225.780,52 reduziert. Nach Abzug der bereits geleisteten Akontozahlung in Höhe von € 54.000,- ergibt sich für die Gemeinde Zams ein Investitionskostenrestbeitrag von € 47.601,23. Gemeinderat Dr. Steinwender kritisiert, dass Investitionen durchgeführt wurden, worüber die Aktionäre nicht informiert wurden. Er spricht sich deshalb dafür aus, dass die Zuschüsse der Gemeinde künftig zweckgebunden werden und die Gemeinden vor Durchführung der Investition benachrichtigt werden. Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass eine solche Information aus zeitlichen Gründen kaum möglich ist. Große Investitionen (z.B. Zugseil) sollten aber den Gemeinden nach Möglichkeit rechtzeitig bekannt gegeben werden. Manche geplante Investitionen sind oft nicht realisierbar (z.B. Piste Weinberg). GR Reheis Josef ist der Meinung, dass Investitionen ab einer Größenordnung von ca. € 15.000,- den Gemeinden gemeldet werden sollten. Der Bürgermeister weist nochmals daraufhin, dass gewisse Entscheidungen der Venetbahn auf Grund der besonderen Situation sehr rasch fallen müssen und ein Zuwarten bis zur nächsten GR-Sitzung nicht möglich ist. GR Platter Christian erinnert an seinen vor ca. 1 Jahr gemachten Vorschlag, wonach ein Gremium gebildet werden soll, das sich aus Vertretern der Venet Bergbahnen AG und beider Gemeinden zusammensetzt. Vzbgm. Kopp stellt dazu fest, dass zur Wahrung ihrer Interessen beide Gemeinden Vertreter in den Aufsichtsrat der Venet Bergbahnen AG entsandt haben. Der Gemeinderat beschließt für das Geschäftsjahr 2004/2005 an die Venet Bergbahnen AG einen weiteren Investitionskostenbeitrag in Höhe von € 47.601,23 (d.s. 45 % gemäß dem vereinbarten Kostenaufteilungsschlüssel) an die Venet Bergbahnen AG zu gewähren. Die Auszahlung hat zeitgleich mit der Stadtgemeinde Landeck zu erfolgen (einstimmig).

Zu Punkt 10) der Tagesordnung:

Beratung über Freigabe von Restzahlungen für Kirchenorgel und Kirchenrenovierung

Die Pfarre Zams ersucht in einem Schreiben um Auszahlung der Restbeiträge für die Kirchenorgel in Höhe von € 9.401,82 und die Kirchenrenovierung in Höhe von € 19.281,87. Die Gesamtkosten für die Orgel und die Kirchenrenovierung haben € 375.105,10 ausgemacht. Hievon entfallen auf die Kirchenorgel € 308.482,45 und auf die Kirchenrenovierung € 65.622,65. Im Haushaltsplan sind entsprechende Ausgabenposten vorgesehen. GR Mag. Geiger stellt fest, dass für die Kirchenorgel ursprünglich eine 1/3 Finanzierung vereinbart wurde. Nunmehr ist vorgesehen, dass die Gemeinde für die Kirchenorgel einen Kostenbeitrag von ca. 40 % und zu den Gesamtkosten einen Beitrag von ca. 37 % leistet, was die großzügige Haltung der Gemeinde gegenüber der Pfarre unterstreicht. Der Bürgermeister erläutert, wie es zu diesen Finanzierungsmodell gekommen ist (Ausfall des Bundeszuschusses und Übernahme dieser Kosten durch das Land und die Gemeinde). Nachdem im Budget 2006 die Beiträge enthalten sind, spricht er sich für eine Freigabe der Transferzahlungen aus. Dr. Steinwender erklärt, dass er der Auszahlung der angeführten Kostenbeiträge zustimme; künftig sollte für die Pfarre auch eine Veräußerung von Grundstücken als Finanzierungsbeitrag in Frage kommen. Dabei könnte die Gemeinde als Käufer auftreten. Der Gemeinderat beschließt an die Pfarre Zams für die Renovierung der Kirchenorgel einen Restkostenbeitrag von € 9.401,82 und für die Kirchenrenovierung samt Emporenerweiterung einen Einmalzuschuss von € 19.282,87 zu gewähren (einstimmig).

Zu Punkt 11) der Tagesordnung:

Verschiedene Berichte

- a) Bürgermeister Gstir berichtet, dass die Tiwag vor einigen Tagen zwei Dienstbarkeitszusicherungsverträge mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt hat. Beim ersten Vertrag geht es um die Verlegung eines unterirdischen 30 KV-Kabels vom Mast Nr. 39 bis zum Mast Nr. 72 östlich des Recyclinghofes Prantauer, wobei die endgültige Trassenführung noch von den Verhandlungen mit der Agrargemeinschaft Zams abhängig ist. In Zuge dieser Verkabelung würde die bestehende Freileitung nach Kronburg wegfallen. Das Starkstromkabel würde gemeinsam mit der Gasleitung der Tiwag mitverlegt. Diesbezüglich gibt es eine Vereinbarung zwischen Tiwag und Tigas.

Beim zweiten Dienstbarkeitszusicherungsvertrag geht es um die Mitverlegung eines Lichtwellenleiters im Kabelgraben für die künftige Tigasleitung in der Klostergasse, der Sanatoriumstraße, der Alten Bundesstraße und am Buntweg. Für die Mitverlegung wird eine Entschädigung von €2,07/lfm netto zuzüglich eines Sockelbetrages angeboten. Der Entschädigungsbetrag würde nach Abschluss der derzeit laufenden Verhandlungen mit der Tiroler Landwirtschaftskammer auf ca. €3,--/lfm erhöht.

Vzbgm. Kopp ist der Meinung, dass die Tiwag das Lichtwellenleiterkabel in der Leerverrohrung der Gemeinde verlegen soll. Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass die Gemeinde im Bereich der B 171 nicht zuständig ist und die Tiwag diesbezüglich bereits die Zustimmung der Bundesstraßenverwaltung eingeholt hat. GR Reheis Josef schlägt vor, dass man mit der Tiwag auch bezüglich der Gemeindestraßen verhandeln soll. Zur Kenntnis gebracht wird ein Schreiben der Tiwag, wonach die angebotenen Entschädigungssätze sowohl das Starkstromkabel als auch den Lichtwellenleiter beinhalten. Außerdem gibt es eine Vertragsklausel, wonach die Tiwag verpflichtet ist, ihre Kabel bei Bauführungen durch den Straßenerhalter zu verlegen, wenn diese im Wege sind.

Der Gemeinderat beschließt den Dienstbarkeitszusicherungsvertrag betreffend die Verlegung eines 30 KV-Starkstromkabels im Bereich der Grundstücke 2602/8, 2665/8 und 2683 zu genehmigen und zu unterfertigen. Für diesen Vertrag erhält die Gemeinde eine Entschädigung von €830,--, wobei sich dieser Betrag noch ändern kann, wenn die Trassenführung im Bereich des Agrargrundes östlich des Recyclinghofes abgeändert wird (einstimmig).

Der zweite Dienstbarkeitsvertrag betreffend die geplante Verlegung eines Lichtwellenleiters wird an den Gemeindevorstand zur neuerlichen Beratung zugewiesen.

- b) Bezüglich der Vermietung von Räumen im Mehrzweckgebäude in der Riefe, gibt es eine grundsätzliche Einigung mit der Venetbahn und den betroffenen Vereinen. Die Venetbahn wird den Mietvertrag im Mai im Aufsichtsrat behandeln. Die Mietzinssätze wurden im Einvernehmen mit dem Steuerberater neu festgelegt.
- c) Mit den Vertretern des Sportvereines Zams hat am 16.03.06 ein weiteres Verhandlungsgespräch betreffend den Pachtvertrag Sportanlage stattgefunden. Vzbgm. Kopp berichtet in der Folge über die wesentlichen Inhalte des dabei erzielten Verhandlungsergebnisses:
Der SV Zams stellt einen eigenen Platzwart an und erhält dafür eine entsprechende Entschädigung. Für das Mähen des Rasens wird wieder der Spindelrasenmäher verwendet. Die Sanierung des Fußballplatzes erfolgt durch den SV Zams, der dafür eine

Entschädigung erhält. Die Gemeinde übernimmt die Düngungskosten. Weiters übernimmt die Gemeinde auch die Reparaturkosten für die Flutlichtanlage und die Bewässerungsanlage. Schlussendlich trägt die Gemeinde auch die Kosten der Müllbeseitigung für die Sportanlage mit Ausnahme des Cafes. Bei dem Besprechungsergebnis handelt es sich um einen Versuch für das Jahr 2006. Nach Ablauf des Jahres wird man sehen, ob sich das neue Model bewährt oder nicht.

- d) Der Bürgermeister verliert ein Schreiben von Rief Norbert, wonach dieser wegen Arbeitsüberlastung auf das GR-Mandat verzichtet hat. An seine Stelle rückt Raich Herbert als Gemeinderat nach. Die Ausschüsse sollen in der nächsten GR-Sitzung nachbesetzt werden.
- e) Der Bürgermeister berichtet, dass am 17.03.06 die Organe des Planungsverbandes Nr. 6, bestehend aus den Gemeinden Fließ, Grins, Landeck, Stanz, Pians, Tobadill, Zams und Schönwies gewählt wurden (Obmann: Bgm. Engelbert Stenico, Obstv.: Bgm. Thomas Lutz, Prüfungsausschussmitglieder: Bgm. Hans-Peter Bock, Bgm. Wilfried Fink, Bgm. Helmut Gstir).
- f) Neu bestellt wurden auch die Gemeindevertreter für den Aufsichtsrat des TVB-Tirol West. Die Neubestellung war auf Grund einer Novelle des Tiroler Tourismusgesetzes erforderlich. Als Gemeindevertreter wurden Bgm. Engelbert Stenico und Bgm. Franz Kathrein in den Aufsichtsrat gewählt.
- g) Mit Schreiben vom 28.03.06 teilt die Tigas mit, dass sie die beiden zusätzlichen Bedingungen der Gemeinde Zams gemäß GR-Beschluss vom 14.03.06 (Wertsicherung für die Entschädigungszahlung Fußgängerbrücke, Fixierung des Termins für die Errichtung der Brücke) akzeptiert. Somit steht einer Unterfertigung des Dienstbarkeitsvertrages mit der Tigas nichts mehr entgegen.
- h) Markl Bruno hat von einem Vermessungsbüro eine Naturaufnahme der bestehenden Grundstücksgrenzen seines Liegenschaftsbesitzes in Rifenal machen lassen. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Grundgrenzen zum Teil innerhalb des Gebäudes verlaufen. Bekanntlich möchte Markl eine Teilfläche des Gemeindegrundes erwerben. Man einigt sich darauf, dass der Vermesser die von Markl gewünschte neue Grundgrenze in der Natur markiert und der Bauausschuss anschließend bei einem Lokalaugenschein den künftigen Grenzverlauf festlegt.
- i) GR Reheis Josef berichtet über die Bibliothekskuratoriumssitzung vom 10.03.06. In dieser Sitzung wurden der Jahresvoranschlag 2006 und die Jahresrechnung 2005 genehmigt. Festgestellt wurden auch der aktuelle Bücherbestand und die Anzahl der Leser sowie der Entlehnungen. Weiters gab es Tätigkeitsberichte über das Jahr 2005 und eine Vorausschau auf das Jahr 2006. Neu festgesetzt wurden auch die Leihgebühren (Kinder und Jugendliche €8,-, Erwachsene €12,-, Familien €18,-). Mit den neuen Gebühren liege die Bücherei noch deutlich Durchschnitt anderer Gemeindebüchereien Tirols. Die Büchereileitung bedankt sich bei der Gemeinde und der Pfarre für die großzügige finanzielle Unterstützung in den letzten Jahren.
- j) Obfrau Schönherr Theresia berichtet über die Sitzungen des Sozial-Familien- und Gesundheitsausschusses vom 13.03.2006 und 05.04.2006. Bei beiden Sitzungen ging es um das Thema Alkohol und Jugendschutz, wobei u.a. Gespräche mit Diakon Steiner und den Schülern der Hauptschule stattgefunden haben.

Weiters hat es auch Gespräche über die Bildung eines Sozialvereines (Nachbarschaftshilfe) gegeben.

Die Kindergartenleitung hat um Festlegung der Entgelte für die im Herbst einzuführende Kinderkrippe gebeten. In Tirol werden durchschnittlich Beiträge zwischen €140,- und €300,- eingehoben. Bei einer Übungskinderkrippe in Innsbruck beträgt der Beitrag €65,-/Monat. Schönherr Theresia stellt fest, dass die Betreuung einer Kinderkrippe einen Mehraufwand gegenüber einer normalen Kindergartengruppe erfordert. In der anschließenden Diskussion einigt man sich auf einen monatlichen Beitrag zwischen €50,- und €80,- (einstimmig).

Der Sozialausschuss wird ermächtigt in der nächsten Ausschusssitzung die Höhe des Beitrages innerhalb des vom Gemeinderat festgelegten Rahmens festzusetzen, damit die Kindergartenleitung bei der Kindergarteneinschreibung den interessierten Eltern eine entsprechende Information zukommen lassen kann.

- k) Der Bürgermeister berichtet, dass die FF-Zammerberg einen Käufer für das alte Tanklöschfahrzeug gefunden hat. Der Kaufpreis wurde mit €800,- ausverhandelt. Von diesem Betrag sollen €200,- in die Kameradschaftskasse der FF und der Rest in die Gemeindekasse fließen.
- l) Der Bürgermeister lädt alle GemeinderäteInnen nochmals zum Vortrag über die Tiroler Kolonie Pozuzo am kommenden Freitag im Kultursaal ein.

Zu Punkt 12) der Tagesordnung

Anträge, Anfragen, Allfälliges

- a) Vzbgm. Delleman Helma weist darauf hin, dass der Engereweg und die neue Fußwegpromenade als Ausweichroute für den Kraftfahrzeugverkehr von Zams nach Landeck benutzt werden. Mag. Geiger stellt fest, dass die Ausbauarbeiten der Bahntrasse in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden und sich damit das Problem von selbst erledigen wird. Weiters schlägt Vzbgm. Delleman noch einmal vor, dass der neue Promenadenweg den Namen "Minister-Platter-Weg" erhalten sollte. Beim Obmann des Sport- Kultur- und Jugendausschusses bedankt sich die Vizebürgermeisterin für die schöne Ausstellung der Zammer Hobbykünstler.
- b) Über Anfrage von Oberkofler Klaus teilt der Bürgermeister mit, dass die Fa. SWH auf den Brief der Gemeinde (Projekt für Biomassenheizwerk) noch nicht geantwortet hat.
- c) Böck Roland wurde um ein Angebot für die Inventarisierung der Werke des verstorbenen Künstlers Franz Xaver Hauser ersucht. Das Angebot ist aber noch ausständig.
- d) GR Reheis Josef schlägt die Durchführung von Felsabräumarbeiten in Lahnbacher-Tobel vor. Weiters ist er der Ansicht, dass die Splitträumung am Zammerberg besser organisiert werden sollte. Dazu stellt Vzbgm. Delleman fest, dass bis auf 6 Personen alle Anrainer am Zammerberg die Splittaufräumarbeiten selbst durchführen. Für diese sechs Grundeigentümer soll die Splittaufräumung vom Maschinenring Imst erledigt werden. Eine Arbeitsstunde kostet dabei €16,-. Die Gemeinde zahlte zuletzt eine Entschädigung von €10,-/Stunde. Vom AMS konnten keine Leute zur Verfügung gestellt werden.

Man einigt sich dahingehend, dass die Gemeinde 2 Arbeiter des Maschinenringes anstellt, wobei die Grundeigentümer die Differenz zwischen dem Entschädigungssatz der Gemeinde und dem Stundensatz des Maschinenringes selbst bezahlen müssen. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es sich um eine freiwillige Leistung der Gemeinde handelt, zu der sie rechtlich nicht verpflichtet wäre. Im nächsten Jahr soll die Abwicklung der Spliträumung am Zammerberg rechtzeitig koordiniert werden.

- e) GR Schönherr Theresia weist auf den schlechten Zustand des Fußweges von Rifenal nach Kronburg hin und ersucht um rasche Instandsetzung des Weges durch den Gemeindebauhof.
- f) GR Dr. Steinwender ersucht um Reinigung des öffentlichen Brunnens im Dorfpark. Der Bürgermeister berichtet in diesem Zusammenhang von Beschwerden der Anrainer über nächtliche Lärmbelästigungen. Er hat die Polizeiinspektion Landeck gebeten, bei den nächtlichen Kontrollfahrten besonderes Augenmerk auf den Dorfpark zu legen.
- g) GR Dr. Steinwender ist der Meinung, dass bei Gebäuden mit mehreren Haushalten die Befreiung von der Kanalgebühr für das Gartenwasser auch dann gewährt werden sollte, wenn der Gesamtwasserverbrauch des Objektes niedriger ist, als das Produkt des Mindestwasserverbrauches (100 m³) und der Anzahl der Haushalte. Er kenne mehrere Hauseigentümer, die nur einen Haushalt gemeldet haben und sich dadurch die Müllgrundgebühr für einen zusätzlichen Haushalt ersparen. Der Bürgermeister berichtet, dass sich der Gemeindevorstand in der letzten Sitzung intensiv mit diesem Thema befasst hat und einhellig der Meinung war, dass die vom Gemeinderat beschlossene Abänderung der Kanalgebührenordnung wegen der Beispielsfolgen streng ausgelegt werden muss (bei 2 Haushalten muss der Mindestwasserverbrauch 200 m³, bei 3 Haushalten 300 m³ etc. ausmachen). Dies gelte auch für Wohnanlagen. Klargestellt wird weiters, dass jene Zammerberger Hausbesitzer, die für den Stall einen eigenen Zähler eingebaut haben, nicht die Kanalgebührenbefreiung von 20 m³/Jahr erhalten, weil der Wasserverbrauch nicht vom Hauptzähler mitregistriert wird.
- h) GR Platter Christian kritisiert, dass die Auskunft des Landesschulrates über das generelle Rauchverbot an öffentlichen Schulen nach wie vor ausständig ist. Die Gemeinde soll deshalb dringend beim Landesschulrat die offene Rechtsauskunft urgieren, zumal schon bald die Muttertagsfeier ansteht. Mag. Geiger stellt fest, dass für das Hauptschulgebäude der Hauptschulverband zuständig ist. Lentsch Roswitha berichtet, dass in 2 Wochen eine Hauptschulverbandssitzung stattfindet, bei der auch dieses Thema behandelt wird. Der Bürgermeister teilt mit, dass die mittlerweile vorliegende Stellungnahme der Gemeindeabteilung nicht aussagekräftig ist und darin auf die Zuständigkeit der Schulabteilung verwiesen wird. Grüner Andreas meint, dass man beim Landesschulrat anfragen sollte, ob im Mehrzwecksaal der Hauptschule künftig überhaupt noch Turnunterricht abgehalten werden darf.
- i) Über Anfrage von Vzbgm. Andreas Kopp teilt GR Steinwender mit, dass es derzeit noch kein Protokoll über die Beratungen der Arbeitsgruppe Wirtschaft gibt, weil er derzeit noch in Verhandlungen mit einigen Grundeigentümern bezüglich der Errichtung von Parkplätzen im Ortszentrum sei.

Zu Punkt 13) der Tagesordnung:

Personalangelegenheiten - siehe eigenes Protokoll

Ende der Sitzung: 24.05 Uhr